

Friedens- info

Informationen
gegen Krieg der Deutschen
Kommunistischen Partei

März / April 2017



**Oster-
märsche
2017**

**Frohe Ostern
ohne NATO,
Atomwaffen &
Aufrüstung!**



**Jetzt
unterschreiben** für
die Bundestagswahl-
Kandidatur der

DKP

100%
Antikriegs-
partei

Aufstehn für den Frieden!

Dieses Land braucht Widerstand: gegen den NATO-Aufmarsch in Osteuropa, gegen Bundeswehraufrüstung – für Frieden, Arbeit & Solidarität!

→ Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung verschärft ihren Kriegskurs. Anstatt eine Verständigung mit Russland einzuleiten, wird der Konflikt mit dauerhafter Stationierung von Bundeswehreinheiten in Litauen noch angeheizt. Gleichzeitig wird eine milliardenschwere Aufrüstungskampagne gestartet – auf unsere Kosten!

Glaubt man den Worten des neuen Außenministers Gabriel, bricht nun eine völlig neue Politik gegenüber Russland an. Im Rahmen seines Russlandbesuchs Anfang März mahnte er an, man müsse versuchen, Russland zu verstehen. Er Sorge sich, „dass wir zu einer neuen Aufrüstungsspirale kommen“ und mahnte „konkrete Abrüstungsschritte in Europa“ an. Ein Rückfall in den Kalten Krieg müsse „um jeden Preis“ verhindert werden.

So rechnet sich Frieden für uns ...

Die Bundeswehr rüstet massiv auf mit Waffen, Panzern, Fluggeräten und Kriegsschiffen, um in der weltweiten imperialistischen Offensive vorne mitzuspielen. Der rote Friedensrechner zeigt exemplarisch 3 Alternativen auf, wo das Geld dringender gebraucht wird.

Die Taten der Bundesregierung gehen allerdings in die entgegengesetzte Richtung: Eine militärische Drohhärde gegen Russland jagt die nächste. Wurde im vergangenen Jahr noch mit dem NATO-Manöver Anakonda in Osteuropa die Generalprobe vorgeführt, legt die NATO jetzt nach mit dem größten Aufrüstungsprogramm seit Ende des kalten Krieges: Über 4.000 US-Soldaten werden permanent nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt – aus russischer Sicht eine riesige Provokation. Dazu kommt schweres Kriegsgerät wie Kampfpanzer, das mit deutscher Hilfe über Bremerhaven nach Osten transportiert wird.

Die Bundeswehr wird mit bis zu 500 Soldaten mit 26 Panzern und etwa 170 weiteren Militärfahrzeugen in Litauen dauerhaft stationiert. Nach Ansicht der Kriegsministerin Ursula von der Leyen sei diese Maßnahme „genau angemessen“ und „defensiv“. Begründet wird sie mit einer angeblichen Aggressivität Russlands. Immer wieder wird Russland unterstellt, seine Nachbarländer überfallen und annectieren zu wollen. Tatsächlich verhält es sich genau andersherum: Es sind die militärisch und wirtschaftlich dutzendfach überlegenen westlichen Staaten, insbesondere der NATO und der EU, die Russland bedrängen. Die NATO ist durch ihre Osterweiterung immer näher an die russischen Grenzen heran gerückt – entgegen den Abmachungen nach Ende des kalten

Krieges. Mit Hilfe des offiziell als „Abwehr“ bezeichneten Raketensystems in Rumänien und Polen soll das nukleare Zweitschlagspotential Russlands neutralisiert werden. Der bisherige nukleare Gleichstand soll zugunsten des Westens kippen und Russland in die Knie gezwungen werden – in Wirklichkeit also ein Angriffssystem. Das Säbelrasseln der NATO wird lauter. Die Kriegsgefahr wird dadurch erhöht und die Sicherheit der Menschen in Europa aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Geld für Rüstung und Krieg

Unter dem Motto „Neue Macht, neue Verantwortung“ nimmt die Bundesregierung Kurs auf einen Status als Weltmacht. Das Ziel: Die „ungehinderte Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien“ sowie eine „gesicherte Rohstoff- und Energiezufuhr“. Im Klartext: Krieg für die Profite der Wirtschaft.

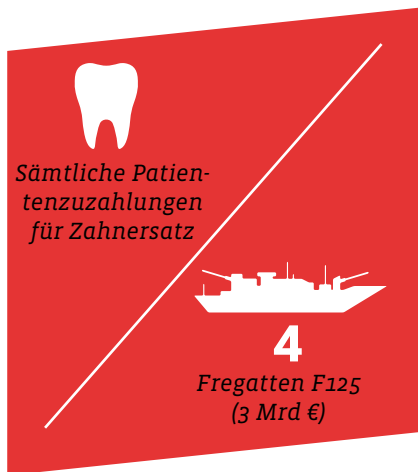
Um diesen Status zu erreichen, will die Bundesregierung aufrüsten. Zu diesem Zweck wird die Absichtserklärung der NATO-Staaten von 2014 ge-



nutzt, das Militärbudget bis 2024 auf 2% des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Bei einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent pro Jahr wären das im Jahr 2024 mehr als 75 Milliarden Euro – eine jährliche Steigerung um fast zehn Prozent!

Kriegsministerin Ursula von der Leyen erlart in Hinblick auf die jüngsten Forderungen der US-Regierung nach mehr „finanziellem Engagement“ der EU: „Wir haben verstanden“. Auch unter der neuen

US-Regierung tut die deutsche Bundesregierung alles, um das Kriegsbündnis mit den USA weiterzuführen – um selbst einmal im Club der Großen mitspielen zu können. Nicht zu-

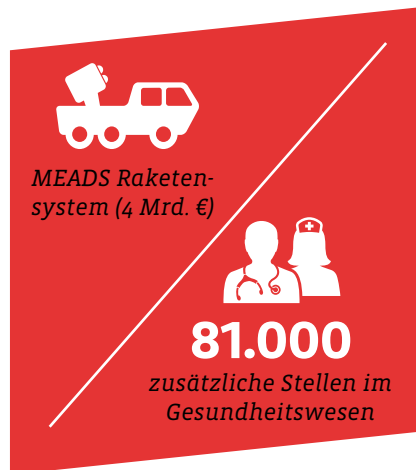


letzt greift sie dafür tief in unsere Taschen. Denn das Geld für Krieg und Rüstung – in diesem Jahr fast 40 Milliarden EUR – fehlt in anderen Bereichen: bei der Rente, bei der Bildung oder im Gesundheitswesen. Verlierer sind so auch die von der millionenschweren Bundeswehrkampagne umworbenen Jugendlichen. Statt ordentlicher Berufsperspektiven gibt es den Todesjob im Auslandseinsatz. Gewinner sind die Rüstungskonzerne, die mit Staatsaufträgen in Höhe von über 6 Milliarden EUR u.a. für eine verstärkte Lieferung von Panzern bedacht werden.

Armeeinsatz im Inland – Grundgesetz ade!

Nach 1945 galt: Nie wieder sollte die Armee z.B. gegen Proteste eingesetzt werden. Diese Lehre wird nun im Eiltempo entsorgt. Mit dem Konzept der „zivilen Verteidigung“, das Innenminister de Maizière 2016 vorstellte und dem Weißbuch der Bundeswehr werden die Grenzen zwischen Katastrophenschutz, Polizeiarbeit und Militär stark verwischt. Der Trick: Terroranschläge, Natur- und andere Katastrophen werden zum Verteidigungs- – sprich: Kriegsfall – umdefiniert. Bewusst wird eine Überforderung der Polizei an die Wand gemalt – die Bundeswehr müsse dann aushelfen. Dabei geht es längst nicht allein um Terroranschläge, die von der Bundeswehr genauso wenig verhindert werden

können wie von der Polizei. Sogenannte „hybride Angriffe“ werden nun zum Fall fürs Militär. Darunter werden Hackerattacken genauso verstanden wie „Propaganda“ und andere „sozialen Techniken zur Spaltung von Gesellschaften“. Mit anderen Worten: Unliebsame Bewegungen und Organisationen rücken ins Visier der Militärs. Das ist ein Anschlag auf unsere demokratischen Rechte! Bereits jetzt wird der Inlandseinsatz geübt, wie bei der Stabsübung von Polizei und Bundeswehr „GETEX“ im März. Anstatt die Terrorgefahr wirksam zu bekämpfen, indem die Truppen aus Auslandseinsätzen abgezogen und Bündnisse der NATO mit islamistischen Banden wie in Syrien beendet werden, wird die Bundeswehr zur Allzweckwaffe gegen allerlei innere „Bedrohungen“ umgebaut. Im Ernstfall auch gegen Proteste, Streiks und andere Formen des Widerstands gegen Krieg und Sozialraub. Die Politik der Bundesregierung kennt nur eine Richtung: Mehr Waffen, mehr Kriegseinsätze, mehr Rüstungsexporte, mehr NATO, mehr militärische Drohgebärden, mehr Geld für's Militär.



Wir fordern eine ganz andere Politik:

- » Frieden mit Russland! NATO- und Bundeswehrtruppenabzug aus Osteuropa!
- » Abrüstung statt Sozialabbau! Schulen, Hochschulen und Krankenhäuser statt Panzer, Drohnen und Raketen!
- » Keine „Bürgerkriegsarmee Bundeswehr!“ Militär zurück in die Kasernen!

1. Frieden 2. Arbeit 3. Solidarität

3 gute Gründe für die Kandidatur der Kommunisten bei den Bundestagswahlen 2017 zu unterschreiben!

Wir Kommunisten treten in einer Zeit zu den Wahlen an, in der eine Minderheit in unserem Land immer deutlicher in einen unversöhnlichen Widerspruch gerät zur Bevölkerungsmehrheit. Auf der einen Seite stehen die Werktätigen, die Erwerbslosen, die alleinerziehenden Frauen, die heranwachsende Jugend und die Rentner. Auf der anderen Seite steht eine Minderheit: eine Handvoll Superreiche, die Großaktionäre oder Mehrheits-eigner von Konzernen und Banken. Ihre Profite steigen, wenn das Heer der ALG-II-Bezieher und der Kriegsetat wachsen. Sie sind die Nutznießer von Flucht, Freihandelszonen und der EU, die ein Instrument zur Ausplünderung der Völker in Europa ist.

Auf die Offensive der Superreichen, der Banken und Konzerne kann es nur eine Antwort geben: Solidarität – den Zusammenschluss unabhängig von Weltanschauung, Herkunft und Geschlecht im Kampf um Frieden und Arbeit. Und damit es dafür eine Stimme im Bundestagswahlkampf gibt, ist die Kandidatur der DKP notwendig.

Damit die DKP antreten kann, müssen wir mehrere tausend Unterstützungsunterschriften sammeln – und dafür brauchen wir auch Deine Unterschrift!

Jetzt Unterschriftenlisten per Mail anfordern unter: bundestagswahl2017@dkp.de



85 % sagen: Atomwaffen raus aus Deutschland! Wir auch.



*Schluss mit
der atomaren
Aufrüstung
gegen Russland
in Europa!*

→ Täglich trichtern uns die Medien ein, Russland sei ein Aggressor: in der Ukraine, in Syrien und anderswo. Gezielt blenden deutsche Medienkonzerne und Regierungssender aus, dass die Aggressionen von den NATO-Staaten ausgehen: von der Unterstützung der Al-Qaida- und IS-durchsetzten Rebellverbände in Syrien über die Ausbildung faschistischer Freiwilligenbataillone in der Ukraine bis hin zum Aufmarsch der NATO in den baltischen Staaten an der Grenze zu Russland. Die größte Aggression aber ist der sog. Raketenabwehrschirm sowie die angestrebte Aufrüstung von US-Atomwaffen in Europa – auch im rheinland-pfälzischen Büchel.

85 % der deutschen Bevölkerung sprechen sich laut forsa-Umfrage für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland aus. Um diese breite

gesellschaftliche Mehrheit zu kippen, greifen die Kriegsfalken in der Bundesregierung und deutschen Leitmedien auf ein ganzes Arsenal an Manipulationen zurück:

- » Medien und Politiker legten den Mantel der Schweigens über US-Atomwaffen in Deutschland.
- » Der Bundestag fasste 2010 einen Beschluss über den Abzug der Atomwaffen, der folgenlos blieb.
- » Jetzt wird auf öffentlich-rechtlichen Sendern – wie in der ARD-Sendung „Panorama“ – US-Präsident Trump als Vorwand genutzt, um im Zusammenspiel mit einer herbeipropagierten Bedrohung durch Russland die Forderung nach EU- und sogar deutschen Atomwaffen zu erheben.

Wir Kommunisten warnen davor, sich in dieser Situation ablenken zu lassen: Ein US-Präsident Trump wird die Aufrüstung der US-Atomwaffen zu Ende

bringen, die sein Amtsvorgänger Obama beschlossen hat. Die Antwort auf diese Kontinuität der US-amerikanischen Atompolitik kann aber nicht die Diskussion um deutsche Atomwaffen sein! Die Antwort muss sein: Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland – jetzt! Schluss mit der „nuklearen Teilhabe“!

NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus aus der NATO!

Die Stationierung und Aufrüstung von Atomwaffen in Deutschland und Europa ist Teil einer Gesamtstrategie. Das Ziel der Bundesregierung ist, unter Führung des US-Imperialismus alle Staaten – auch militärisch – zu zwingen, sich den Profitinteressen der großen Monopole und einer kleinen Handvoll Superreicher zu unterwerfen. Es ist diese Weltordnung, von der auch deutsche Banken und Konzerne profitieren und an der die Bundesregierung trotz vordergründiger Kritik an Trump festhalten wird. Die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands ist dabei ein zentraler Hebel, die militärische Potenz Deutschlands zu erhöhen und gleichzeitig die Aufrüstung der Bundeswehr voranzutreiben. Die Grundlage dafür bildet die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Deshalb sagen wir Kommunisten: NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus der NATO!

Büchel dichtmachen!

Im letzten Jahr hat sich die DKP im Rahmen der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ an den Aktionswochen vor dem Fliegerhorst in Büchel beteiligt, wo 20 US-Atombomben eingelagert sind, die im Kriegsfall von Bundeswehripiloten abgeworfen werden. Erfolgreich haben wir und andere Gruppen den reibungslosen Ablauf auf dem Fliegerhorst durch Aktionen des zivilen Ungehorsams gestört. Und wir haben gesagt: Wir kommen 2017 wieder! Deshalb mobilisiert die DKP vom 22. – 25. Juni 2017 wieder nach Büchel. **Unser Ziel ist klar: Büchel (wieder) dichtmachen!**

Du möchtest Dich an der DKP-Aktion in Büchel vom 22. – 25. Juni beteiligen? Einfach eine Mail an den DKP-Parteivorstand (pv@dkp.de) schicken!

Mehr Infos:

www.atomwaffenfrei.de
www.news.dkp.de